

# Rüstungsexporte: Entscheidungen des Bundessicherheitsrates im Mai 2014

Jan van Aken, 4. Juni 2014

## Die Fakten

Im Mai hat der Bundessicherheitsrat erstmals in der neuen Legislaturperiode getagt (offenbar am 7. Mai, offiziell ist das nicht bestätigt). Mit Schreiben vom 4. Juni wurde der Bundestag von Wirtschaftsminister Gabriel in einem Schreiben darüber informiert, welche Genehmigungen für Rüstungsexporte vom Bundessicherheitsrat oder vom Vorbereitenden Staatssekretärsausschuss erteilt worden sind.

Insgesamt 6 Genehmigungen für vier Länder sind dort aufgeführt:

- Ersatzteile für Navigationsgeräte sowie Kompass für Schnellboote nach **Ägypten**. Dabei hat die EU einen Stopp von Waffenexporten nach Ägypten beschlossen, da das Land momentan de facto vom Militär regiert wird. Zur Zeit hält die Bundesregierung zum Beispiel im Hamburger Hafen einen Container mit Panzerteilen für Ägypten fest.
- Bodenüberwachungsradare für **Algerien**. Algerien hat in den vergangenen Jahren massiv Rüstungsgüter aus Deutschland erhalten, darunter sogar ganze Fabriken zum Bau von Panzerfahrzeugen.
- 495 Nachtsichtgeräte für Gewehre für den **Libanon**. Es ist unklar, ob diese möglicherweise für eine UN-Mission sind.
- 225 Zielfernrohre für Gewehre sowie Nachtsichtvorsatzgeräte für **Saudi-Arabien**. Dabei handelt es sich sehr wahrscheinlich um Zielfernrohre für Scharfschützen. Nach dem Aufbau einer ganzen G36-Fabrik und massiven anderen Kleinwaffenlieferungen nach Saudi Arabien zeigt diese Lieferung, dass auch die Große Koalition weiterhin gewillt ist, die Saudis weiterhin mit brisanten Rüstungsgütern zu beliefern.

## Kommentar Jan van Aken

Schwarz-rot macht deutlich, dass sie gewillt sind, auch weiterhin an Menschenrechtsverletzer zu liefern. Trotz Militärputsch und EU-Waffenexportbeschränkungen werden weiter Rüstungsgüter nach Ägypten geliefert. Saudi-Arabien erhält sogar Ausrüstung für Scharfschützen, besonders geeignet auch zur inneren Unterdrückung. Und dies, obwohl das Land erst vor drei Jahren in Bahrain einmarschierte, um den dortigen Aufstand niederzuschlagen.

Interessant ist, dass gerade einmal sechs Genehmigungen überhaupt nur vom Bundessicherheitsrat erteilt wurden. Offenbar hält die Bundesregierung den ganz überwiegenden Teil der jährlich rund 17.000 Genehmigungen für derart unproblematisch, dass es auf unterer Sachbearbeiter-Ebene abgearbeitet werden kann. Rüstungsexportkontrolle in Deutschland ist offenbar reine Durchwinkroutine.

Gabriel hatte sehr großspurig mehr Transparenz bei Waffenexporten angekündigt, jetzt veröffentlicht er gerade mal sechs von insgesamt rund 17000 Genehmigungen jährlich. Und selbst dabei fehlen noch ganz zentrale Informationen wie z.B. der Wert der genehmigten Rüstungsgüter. Echte Transparenz wäre, alle Genehmigungen zeitnah online zu stellen, darunter auch die Voranfragen, die bislang gar nicht veröffentlicht werden. Außerdem sollte die Bundesregierung in jedem Einzelfall begründen müssen, warum eine bestimmte Genehmigung erteilt wurde.